

Erhebt wöchentlich, zweimal. Mische. Geschäfts-Wochenblätter: Sonntags „Der Westfälische“, Dienstags „Westfälischer“, Mittwochs „Technische Rundschau“, Donnerstags „Westfälischer“, Freitag „Westfälischer“, Sonnabends „Der Westfälische“, Montag „Der Westfälische“, Dienstag „Der Westfälische“, Mittwoch „Der Westfälische“, Donnerstag „Der Westfälische“, Freitag „Der Westfälische“, Samstag „Der Westfälische“, Sonntag „Der Westfälische“.



Verleger: Carl H. Wolff, Berlin. Druck: Carl H. Wolff, Berlin. Vertrieb: Carl H. Wolff, Berlin. Preis: 100 Mark.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 51 (Ausgabe für Berlin)

Mittwoch, 31. Januar 1923
52. Jahrgang

Der Eisenbahnkrieg im Ruhrgebiet.

Die Ausweitung der höheren Beamten.

Hilfreiche Angebote aus dem unbesetzten Gebiet.

Während die Franzosen zu härtesten Maßnahmen im Ruhrgebiet übergegangen sind, gilt ihr erster Vorstoß den Eisenbahn- und Postbeamten. Sie nicht die Bergarbeiter, haben den ersten Angriff auszuhalten. Hierbei haben sie die Franzosen in erster Linie auf die oberen Beamten abgesehen. Heute mittig 12 Uhr wurde der Eisenbahnpräsident von Essen, Jahn, und sein Vertreter, Oberbaurat Puff, verhaftet. Präsident Jahn wurde in ein Automobil gebracht und auf der offenen Landstraße bei Wüdinghausen abgesetzt. Seit 3 Uhr nachmittags lassen die französischen Wachen die Beamten mehr aus dem Direktionsgebäude heraus. Am Abend waren von den Beamten der Essener Eisenbahndirektion noch Oberregierungsrat Reichle, Baurat Trebel und Oberbaurat Borghaus verhaftet. Ansehend hoffen die Franzosen, nach Besetzung der oberen Beamten mit dem mittleren und unteren Beamtenpersonal leichter fertig werden zu können. Sie dürfen sich hierin täuschen, denn der Widerstandswille der unteren und mittleren Eisenbahnbeamten ist außerordentlich groß.

Es hat auf die Beamten des Ruhrgebietes einen vorzüglichen Eindruck gemacht, daß von zahlreichen Geflüchteten, sowie von Bauern und Bürgern des unbesetzten Gebietes ausdauernde Angebote kommen, die Ausgewiesenen und ihre Familien unentgeltlich aufzunehmen. Ebenso haben die Eisenbahnbesetzer des unbesetzten Gebietes ihren Gehfen gebittet, um ihre Räume den ausgewiesenen Eisenbahnern zur Verfügung zu stellen. Ferner haben sich viele Speditionen im unbesetzten Gebiet bereit erklärt, die Möbel der ausgewiesenen Beamten unter Stundung der Transportkosten zu befördern. In dem Dörfchen des unbesetzten Gebietes kann nicht laut genug appelliert werden, denn den Eisenbahnern des Ruhrgebietes stehen noch schwere Tage bevor.

Die gestern in Essen verhafteten Gewerkschaftsführer des Post- und Telegraphenpersonals sind ins unbesetzte Gebiet abgeführt worden. Sie wurden auf freier Landstraße aufgesetzt. Der gestern von den Franzosen verhaftete Chef der Bochumer Schutzpolizei, Oberst Bethge, wurde zwar wieder freigelassen, dann aber ausgeniesen. Er wurde in einem Auto bis nach Sippe gebracht und befindet sich zurzeit in Münster.

Koblenz, 30. Januar. (Mit.)
Im besetzten Gebiet sind folgende weitere **Arrestierungen** erfolgt: Bürgermeister Rauch (Saal, Mosel), Bürgermeister Dr. Hilde (Trafen-Trarbach), Bürgermeister Schumacher (Ehrlich), Bürgermeister Dr. Wendel (Montenath) und Bürgermeister Schmidt (Sensheim). Auch der Leiter des Koblenzer Besatzungsausschusses, Direktor Schindl, wurde seines Amtes enthoben. Der Düsseldorfener Architekt, Dr. Mengke, wurde verhaftet und nach einem unbekannten Ort verschleppt.

Aus der Reichsfinanzverwaltung werden wieder folgende Ausweisungen und Verhaftungen gemeldet: Verhaftet wurden Polizeidirektor Rieger vom Hauptpostamt Wiesbaden und Polizeidirektor Herz vom Hauptpostamt Wiesbaden, Polizeidirektor Eber, sein Assistent vom Zollamt Kattingen und Zollrat Busse vom Hauptpostamt Düsseldorf-Garden. Vom Zollamt Düsseldorf-Güterbahnhof wurde Polizeidirektor Wenderoth verhaftet. Das Amtsgebäude wurde militärisch belegt.

Die militärische Abzählung.

Bestehte Bahnhöfe.

Gelsenkirchen, 30. Januar. (W. Z. B.)
Im Laufe des gestrigen Tages wurden weiter folgende Bahnhöfe besetzt: Blumenthurn-Burg, Platenfenne, Herbede, Sommerfeld, Bornum und Vorhalle. Damit ist die Linie, die im Norden des Ruhrgebietes von Linen nach Westen über Düsseldorf und dann im Süden des Gebietes bis nach Vorhalle um das ganze Industriegebiet gezogen ist, geschlossen. Im Betrieb sind nur noch die Linien Hagen-Hengstler über Dortmund nach Linen und die Bahnhöfe innerhalb des obigen Ringes. Außerdem ist noch frei die Strecke nach Dörken die Verbindung über Wehl nach Holland aufrecht erhält. Der Wagenverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet ist vollständig unbehindert. Die **Lebensmittelauslieferung** nach den besetzten Bahnhöfen werden durch Umleitung **aufrecht erhalten**, und es ist dafür Sorge getragen, daß alle nach den besetzten Bahnhöfen gerichteten Lebensmittel ihr Ziel erreichen. Gestern waren gestern 10641 Wagen für Kohle und 2348 für andere Güter. Gestern haben 4747 Wagen für Kohle und 438 für andere Güter angefordert wurden für heute 13946 Wagen für Kohle und 2978 für andere Güter.

Bei der Besetzung des Bahnhofs Bornumern haben die Franzosen die dortigen Beamten aus ihren Wohnungen gerufen, die geräumt werden mußten.

Frankfurt a. M., 30. Januar.
Infolge der Besetzung deutscher Bahnhöfe im besetzten Gebiet haben sämtliche Bezirksleitungen der Beamten und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Mainz sofort die Arbeit einstellen lassen und angeordnet. Der Beschluß bezieht sich auf den gesamten Eisenbahndienst des besetzten Gebietes des Bezirks Mainz.

Essen, 30. Januar. (W. Z. B.)
Der Kohletransport nach dem Osten ist nach wie vor ungehindert. Allerdings haben die Kohlenzüge zurzeit vor Kontrolle 15 Minuten anzuhalten. Eine Erhebung von Zölle hat noch nicht stattgefunden. Nach zuverlässigen Nachrichten werden heute von den Besatzungstruppen in Duisburg und Düsseldorf auch Personenausbesetzung vorgenommen.

Französisches Ultimatum an die Eisenbahner der Pfalz.

Vor der Stilllegung des Betriebes.

Düsseldorf, 30. Januar.
Nachdem gestern Abend die französischen Militärposten auf den größeren Bahnhöfen und den sonstigen Eisenbahndienststellen der Pfalz auf die Vorstellungen der Reichseisenbahndirektion und der Personalvertreter wegen der Eöbrung und der Beurlaubung des Personals zurückgegangen worden waren, wurde heute vormittag zwischen 10 und 12 Uhr das **Gebäude der Reichseisenbahndirektion Ludwigshafen von den Franzosen besetzt** und der Eisenbahnpräsident Riederich verhaftet. Die gesamte **Beamtenchaft** der Eisenbahndirektion sowie Vertreter der pfälzischen Eisenbahnverbände, die zurzeit im Gebäude eine Sitzung abhielten, **wurden festgehalten**. An die Beamten wurde die Forderung gestellt, sich binnen einer Stunde zu entscheiden, ob sie sich den Franzosen zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Es ist damit zu rechnen, daß die **pfälzischen Eisenbahner den gesamten Betrieb stilllegen**, falls die französische Besatzungsbehörde auf ihrer Forderung beharrt.

Berhöhrte Abwehr.

Ungebrochener Kampfwille.

Düsseldorf, 30. Januar.
Wie ich von unterrichteter Stelle erlaube, wird die **Arbeiterchaft in den nächsten Tagen völlig neue Kampfmittel** gegen die Maßnahmen der Besatzungsmächte ergreifen. Obwohl die Arbeiterchaft sich des Ernstes der Lage vollkommen bewußt ist, ist der **Kampfwille ungebrochen**. Die neuen Kampfmaßnahmen werden insbesondere berhöhrigen, daß die Ernährungs- und Wirtschaftslage im eigentlichen Ruhrgebiet keine Hemmnungen erleiden.

In Düsseldorf sind **bedeutende Truppenveränderungen** angeordnet. Alle Kasernen sind mit neuen Truppen besetzt. Es sind zahlreiche französische Telegraphenbeamte eingetroffen.

Essen, 30. Januar.
Eine in Dortmund zusammengetretene Konferenz der Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Aichtungen hat folgende Entschlieung gefaßt: „Die von den Besatzungstruppen unternommenen Verhaftungen leitender Reichs- und Staatsbeamten können die Gewerkschaften in ihrem bisherigen Verhalten nicht irre machen. Diese Maßnahmen sind vielmehr geeignet, den **Widerstand bis zum Aussterben zu steigern**. Die Gewerkschaften werden ebenfalls wie bisher ihr Möglichstes tun, daß die Franzosen ihr Ziel an der Ruhr nicht erreichen.“

Die Unterbringung der Vertriebenen.

Zurück der Deutschen Landwirtschaft.

Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Freiherr v. Wangenheim, hat an die angeführten Körperschaften folgenden Aufruf gerichtet: „Der Herr Reichsernährungsminister Dr. Luther hat mich gebeten, durch den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft darauf hinzuwirken, daß auch in der Landwirtschaft die aus dem besetzten Ruhrgebiet ausgetriebenen Familien Unterkunft finden können. Es braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden, daß die Landwirtschaft als eine nationale Pflicht betrachtet wird. Dieser Anforderung nachzukommen, demgemäß ist es durch Weitergabe an die Organisationen in den Provinzen und Ländern, sei es durch direkte Anfrage bei einzelnen Landwirten, schließlich befristete Sorge zu tragen, daß die ausgewiesenen Familien in der Landwirtschaft eine Zufluchtsstätte finden. Die Anforderungen von Landwirten, die einzelne Personen oder Familien aufnehmen wollen, bitte ich sobald wie möglich dem Reichsausschuß mitzuteilen.“ geg. Freiherr v. Wangenheim.

Landessteuergefeh und Selbstverwaltung.

Berlin, 30. Januar. (Schiedr. verb. B.)
Reichsminister a. D. Koch, Mitglied des Reichstages.
Der Artikel ist uns vor dem Einmarsch in das Ruhrgebiet eingelangt worden. Alsobald nach dem Einmarsch hat der Verfasser um Zurückstellung gebeten. Da das Gesetz heute den Reichstag beschäftigt wird, halten wir die Veröffentlichung nunmehr für geboten. Die Redaktion.

Wenn ein Boot kentert, wird jeder versuchen, sich schwimmend über Wasser zu halten. Nichts Dummes, als wenn sich jeder an den Hals des Bootsführers klammert, um von ihm gerettet zu werden. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Finanzwesens ist man umgekehrt verfahren. Anstelle der Helden, die in den Ländern und Städten für die Finanzen ihres Bezirks zuständig und verantwortllich waren, gibt es heute nur noch einen Finanzgigant in Deutschland, der ein Atlas sein muß, wenn er unter der ihm auferlegten Bürde nicht erliegen will, den Reichsfinanzminister. Alle übrigen, ob Landesfinanzminister oder Stadtkammern, sind nur noch Taschengeldempfänger, die mit den Zuwendungen des einen Reichsfinanzministers hauszuhalten versuchen, aber, wenn sie nicht mehr auskommen, bei ihm um Erhöhung vorstellig werden.

Wenn in früheren Zeiten eine Finanznot über die Städte hereingebrochen wäre, so hätte nach einiger Zeit der Verarmung sich bald hier, bald dort ein tüchtiger Oberbürgermeister oder Stadtkammerrats erheben, der rücksichtslos und unbekümmert um alle Widerstände Ordnung in die sich über Finanzlagen hineingebracht hätte. Auf die finanziell Verantwortlichen in den anderen Städten wäre aber solange geschimpft worden, bis auch sie ermannt hätten. Auch heute schimpft alles, aber nicht auf die eigenen Bürgermeister, sondern auf den Reichsfinanzminister. Das ist schließlich der Unterschied zwischen Selbstverwaltung und bürokratischer Zentralisation. Die eine erzehrt Verantwortunglichkeiten, die andere schwächt sie ab.

Die Selbstverwaltung erfährt sich überhaupt nicht mehr verlassen. Sympathie im Ausland, wie dies früher der Fall war. Früher war sie im Gegenlage zur Staatsverwaltung Volksverwaltung, und jeder Parlamentarier, dem man von Obrigkeit wegen die Unmündigkeit des Volkes und seiner Vertreter vorhielt, wies stolz auf die Ergebnisse der Selbstverwaltung hin und bemühte sich, sie gegenüber der staatlichen Bürokratie zu fördern. Heute ist auch die Staatsverwaltung Volksverwaltung geworden, und kein Parlamentarier hat mehr Verantwortung, die städtische Selbstverwaltung gegenüber der Staatsverwaltung besonders in Schutz zu nehmen. Im Gegenteil, der Parlamentarier ist nicht weniger an der Allmacht des Staates interessiert als der Bureokrat. Denn seine Wähler verlieren es nicht immer, wenn er ihre Beschwerden damit abtut, daß er für Angelegenheiten der Selbstverwaltung nicht zuständig sei. Die Selbstverwaltung hat ihren alten Gegner, die Bureaucratie, behält, läuft aber Gefahr, ihren alten Freund, das Parlament, zu verlieren.

Welche sind die Folgen der bestehenden Finanzabhängigkeit der Gemeinden vom Staat?
Die erste Folge ist zunächst eine völlige Unübersichtlichkeit in den städtischen Finanzen. Zugegeben, daß an dieser Unübersichtlichkeit auch unter Valutaelend einen großen Teil Schuld hat. Trotzdem würden die Gemeinden die Höhe ihrer eigenen, von ihnen selbst aufgetragenen Einnahmen immer noch eher übersehen können als die der Zuweisungen des Staates. Die ägierende und hinschießende Art, in der sie ihre Einnahmen überwiefen erhalten, macht jede Übersicht über die Einnahmen unmöglich. Keine Stadt weiß, wann das Reich ihr zahlt, und was das Geld zu dem Zeitpunkt der Zahlung noch wert sein wird. Es ist so weit gekommen, daß die Städte heute schon häufig staatliche Gelder, die sie akzuführen haben, in bitterer Not einfach zurückzahlen, weil sie nicht wissen, wenn sie ihrerseits Lieferleistungen des Staates erhalten. Wer aber den Ueberblick über seine Einnahmen verliert, verliert auch den Ueberblick über seine Ausgaben.

Aber gelebt auch, daß wir im Reiche zu festen Verhältnissen kämen, die es auch den Städten ermöglichen, früher als heute zu übersehen, welche Zuweisungen das Reich ihnen zukommen lassen würde, so wäre auch damit noch nicht viel gewonnen. Denn eine Verantwortlichkeit für ihre Einnahmen würde auch dann den Gemeinden nicht zufallen. Wer aber nicht für seine Einnahmen verantwortlich ist, ist es auch nicht für seine Ausgaben. Eine eigene wirtschaftliche Finanzhoheit oder der abt es weder Staatshoheit noch Selbstverwaltung.
Niemals wird ein Zuteilungsverfahren es ferner mit sich bringen können, daß die Lieferleistungen jeder Stadt nach ihrem Bedürfnis ausfallen. Das ist doch früher gerade, die nur 100 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben und solche, die mit 600 Prozent noch nicht ausstamen. Unmöglich, daß die leistungsaunten Städte heute mit den Lieferleistungen aus der Reichseinkommensteuer auskommen, wenn diese Lieferleistungen auf alle Städte gleichmäßig nach ihrer